Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Mozartstraße 9, 52064 Aachen

An die Delegationsmitglieder des Innenausschusses
für die Reise nach Kolumbien und Peru
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Aachen, 15. Oktober 2026

Ihre Reise nach Kolumbien –
Informationen zur Menschenrechtslage und dem Friedensprozess

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

nach dem Regierungswechsel im Sommer steht Kolumbien vor großen Umbrüchen. Wir freuen uns, dass Sie das Land in dieser Zeit besuchen und auch Gespräche mit der neuen Regierung führen werden. Vor Ihrer Reise möchten wir gern auf dringende Anliegen zivilgesellschaftlicher Organisationen hinweisen, mit denen die Mitglieder der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK) seit Jahren eng zusammenarbeiten. Wir regen auch an, vor Ort Gespräche mit der Zivilgesellschaft zu führen und übermitteln Ihnen dafür gern Vorschläge.

Friedensprozess, Sicherheitslage und Organisierte Kriminalität

Der Friedensprozess steht vor enormen Herausforderungen: Zehn nichtstaatliche, bewaffnete Gruppen sind Schätzungen zufolge aktuell in zwei Dritteln aller Kommunen aktiv. In diversen Regionen üben sie umfassende territoriale und soziale Kontrolle aus, kontrollieren illegale Ökonomien (v.a. in Bergbau, Drogen-, Menschen- und Waffenhandel) und unterhalten enge Verbindungen zu Strukturen der Transnationalen Organisierten Kriminalität (TOK). Vertreibungen, Massaker, sexualisierte Gewalt, Zwangsrekrutierung und Zwangsisolierung von Gemeinden haben vielerorts zugenommen. Die humanitäre Lage der Zivilbevölkerung ist v.a. in ländlichen Regionen besorgniserregend und hat sich seit dem schweren Erdbeben im August nochmals verschlechtert.

Präsident de la Espriella beendete im September alle neun Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen, die die Vorgängerregierung unter dem Motto „*Paz Total*" („vollständiger Frieden") begonnen hatte. Gleichzeitig ordnete die neue Regierung die Wiederaufnahme von Bombardierungen mutmaßlicher Stellungen bewaffneter Gruppen an, die allein im September mindestens 40 Menschen das Leben kosteten, und erlaubt Personen mit Waffenschein das öffentliche Tragen von Schusswaffen. Beabsichtigt ist auch, Drogenplantagen mit dem in der EU verbotenen Herbizid Glufosinat-Ammonium großflächig aus der Luft zu besprühen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen weisen seit Jahren daraufhin, dass die bewaffneten Konflikte nicht mit Gewalt, sondern nur durch Dialog, konsequente Strafverfolgung und das Beheben der Konfliktursachen gelöst werden können. Eine Militarisierung wie sie die neue Regierung vorschlägt führte hingegen bereits früher zu einer drastischen Zunahme von Gewalt und massiven Menschenrechtsverletzungen. Deshalb besorgt ebenfalls, dass die Regierung zentrale Institutionen des Menschenrechtschutzes und der Friedensförderung auflösen will, u.a. die Ämter der Präsidialberater*innen für Frieden, für Menschenrechte und für Versöhnung sowie die Behörden für die Wiedereingliederung Demobilisierter und für die Umsetzung des Friedensabkommens von 2016. Die Budgets anderer Friedensinstanzen sollen zudem drastisch gekürzt werden – rund 25 Prozent bei der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) und fast 50 Prozent bei der Sucheinheit für Verschwundene (UBPD).

Gerade das Friedensabkommen, das 2026 sein zehnjähriges Jubiläum feiert, hat die Sicherheitslage zeitweise spürbar verbessert, weil es zentrale Konfliktursachen wie die ungleiche Landverteilung, die fehlende Präsenz des Staates im ländlichen Raum, den unzureichenden Schutz ethnischer Gemeinden, Geschlechterungerechtigkeit und Straflosigkeit adressiert. Deutschland hat das Abkommen politisch und finanziell von Beginn an umfassend unterstützt und damit wesentlich zu seinen beachtlichen Erfolgen beigetragen. Die nun vom BMZ angekündigte Streichung von Mitteln für Frieden und Stabilisierung in Lateinamerika könnte diese Erfolge massiv schwächen.

Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen (MRV)

Die Gefährdungslage der Zivilgesellschaft ist anhaltend hoch. Das NRO-Bündnis *Programa Somos Defensores* meldete für 2025 insgesamt 874 Angriffe auf MRV, darunter 165 Morde. Die Menschenrechtsorganisation *Indepaz* dokumentierte für 2026 bereits 126 weitere Morde. Sorge bereitet auch, dass Amtsträger*innen die Legitimität von Menschenrechtsarbeit zunehmend wieder in Frage stellen und MRV öffentlich stigmatisieren.

Das letzte Amtsjahr von Expräsident Petro war für MRV das gefährlichste seiner Regierungszeit. Gleichzeitig verabschiedete die Regierung wichtige Schutzmaßnahmen, u.a. den Nationalen Aktionsplan zur UN-Sicherheitsratsresolution 1325, eine Stärkung des Schutzprogramms für Menschenrechtsverteidiger*innen*, eine Strategie zur Zerschlagung krimineller Organisationen, eine umfassende Politik zum Schutz von Menschenrechtsarbeit und einen Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte. Für den Schutz der Zivilgesellschaft ist fundamental, dass die neue Regierung diese Maßnahmen wirksam umsetzt und systemische Schwachstellen im staatlichen Schutzsystem und besonders bei der federführend zuständigen Nationalen Schutzstelle (UNP) behebt: die langen Prüfverfahren bei Schutzanträgen, die Nicht-Umsetzung gewährter Schutzmaßnahmen oder deren willkürliche Aufhebung und die unzureichende Strafverfolgung der Verantwortlichen von Angriffen auf MRV.

Deutsch-kolumbianische Sicherheitskooperationen und Strukturreformen bei Polizei und Militär

Militär und Polizei haben wiederholt schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen. Die Sonderjustiz JEP ermittelte über 7.800 außergerichtliche Hinrichtungen durch staatliche Sicherheitskräfte. Bei landesweiten Protesten 2019, 2020 und 2021 wurden mindestens 133 Personen getötet, viele davon wohl durch Polizeikräfte. Die allermeisten Fälle sind bis heute straflos geblieben. Partner fürchten eine Ausweitung der Befugnisse staatlicher Sicherheitskräfte und eine Zunahme der Repression von Protesten. Der im Oktober bekannt gewordene Entwurf eines neuen Antiterror-Gesetzes der Regierung droht etwa, die Versammlungsfreiheit stark einzuschränken und zivilgesellschaftliches Handeln massiv zu kriminalisieren. Umfassende Strukturreformen bei Polizei und Militär sind daher notwendiger denn je um Straftaten vorzubeugen. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission, die UN und die Wahrheitskommission Kolumbiens haben dafür detaillierte Vorschläge vorgelegt.

Deutschland unterhält derzeit zwei Sicherheitskooperationen mit der Nationalpolizei Kolumbiens (für Trainings seit März 2021 und im Bereich OK-Bekämpfung seit Anfang 2024) sowie eine Militärkooperation mit dem Verteidigungsministerium Kolumbiens (seit November 2021). Deutschland trägt damit auch besondere Verantwortung, auf menschenrechtskonforme Sicherheitssektor-Reformen in Kolumbien hinzuwirken.

Wir bitten Sie, sich bei Ihren Gesprächen dafür einzusetzen, dass die Regierung Kolumbiens

- das Friedensabkommen von 2016 vollständig umsetzt und dessen Institutionen politisch und finanziell stärkt;
- Verhandlungslösungen für die bewaffneten Konflikte im Land sucht, anstatt diese weiter zu militarisieren;
- ihre internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts einhält und die UN-Instanzen wie die Verifizierungsmission und das Menschenrechtsbüro frei arbeiten lässt;
- menschenrechtskonforme Reformen bei Polizei und Militär unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft durchführt und die Rechte auf friedlichen Protest, Versammlungs- und Meinungsfreiheit vollumfänglich garantiert;
- die Zivilgesellschaft wirksam schützt und deren Stigmatisierung öffentlich verurteilt und verhindert;
- die Strafverfolgung gegen illegale Ökonomien von Gewaltgruppen stärkt und kleinbäuerliche Gemeinden, die Koka anbauen, mit alternativen Einkommensquellen unterstützt wie es das Friedensabkommen vorsieht.

Wir bitten Sie ebenfalls, sich im Bundestag und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- die Zusammenarbeit mit Kolumbien etwa in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit daran geknüpft wird, dass das Friedensabkommen vollständig umgesetzt wird und dessen Institutionen ungehindert arbeiten können;
- Deutschland das Friedensabkommen politisch und finanziell weiter im bisherigen Umfang unterstützt;
- die Sicherheitskooperationen mit Kolumbien an strenge, verbindliche und nachprüfbare menschenrechtliche Vorgaben gebunden und Fortschritte regelmäßig, transparent und unabhängig überprüft werden;

Beiliegend finden Sie fünf Factsheets von Mitgliedern der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK) mit vertiefenden Informationen u.a. zu den Themen Frieden, MRV und Polizei- und Militär-Reformen.

Wir freuen uns, von den Ergebnissen Ihrer Reise zu erfahren, und stehen für einen Austausch gern zur Verfügung.

Im Namen der unterstützenden Organisationen,

Dr. Bernd Bornhorst
Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Geschäftsführer Internationale Projektarbeit